



Beschlussvorlage

BV0124/2019

Für die öffentliche Sitzung

Beratungsfolge	Abstimmungsergebnis	Datum
Bau-, Planungs- und Umweltausschuss		12.09.2019
Hauptausschuss		18.09.2019
Stadtverordnetenversammlung		24.09.2019

Einreicher: Fraktion B90/Die Grünen

Betreff: Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes in der Stadt Hennigsdorf

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die folgende

Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes in der Stadt Hennigsdorf:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Hennigsdorf

- a) ruft den Klimanotstand aus und erkennt damit an, dass die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen eine Aufgabe von höchster Priorität auch für die Kommune Hennigsdorf ist.
- b) erkennt, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.
- c) berücksichtigt ab sofort die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Entscheidungen und bevorzugt Lösungen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken. Hierzu wird für sämtliche politische Beschlussvorlagen ab Januar 2020 die jeweilige Auswirkung kurz ausgeführt.
- e) fordert auch andere Kommunen, die Bundesländer und die Bundesrepublik Deutschland auf, dem Konstanzer Vorbild zu folgen und den Klimanotstand auszurufen. Insbesondere macht sie Land und Bund darauf aufmerksam, dass ein vollständiges Einhalten der Klimaschutzziele auf kommunaler Ebene unter den derzeitigen Rahmenbedingungen noch nicht möglich ist. Erst ein vollständiger Abbau bestehender Subventionen für fossile Energieträger, eine sozial gerecht ausgestaltete CO₂-Bepreisung, eine grundlegend veränderte Verkehrspolitik verbunden mit einer klimaschutzkonformen Förderung des sozialen Wohnungsbaus sowie eine klimaschutzkonforme Agrarpolitik würden hier das dringend benötigte Fundament legen.

Begründung:

Die fortschreitende Klimaerhitzung stellt eine Gefahr riesigen Ausmaßes dar. Global ist das erkannt und entsprechende Zielvereinbarungen zur Ursachenbekämpfung sind international getroffen worden. Auch Deutschland bekennt sich zu diesen Zielvereinbarungen. Es hapert allerdings noch an der konkreten Umsetzung. Die Klimaziele für 2020 sind nicht mehr erreichbar, die entsprechenden Ziele für 2030 stehen in Frage. Brandenburg ist dabei das Bundesland mit den höchsten CO2-Emissionen pro Kopf. Die Resolution soll die Dringlichkeit noch einmal unterstreichen, um den Druck auf alle politischen Ebenen zu erhöhen, entsprechend der internationalen Klimavereinbarungen zu handeln. Dabei ist für uns klar: Je früher man handelt, umso sozialer und ökonomischer kann man die Transformation vollziehen.

Hennigsdorf, 31.08.2019

gez. P. Röhke-Habeck

Vorsitzende
der Fraktion B90/Die Grünen